



Positionen der hessischen IHK-Organisation zur Bundestagswahl 2021

ENTWURF



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Übersicht

Wirtschaftspolitische Grundsätze nach Corona	3	Gründungen erleichtern und Wachstum fördern	15
Berufliche Bildung attraktiv und zeitgemäß gestalten	4	IKT-Infrastruktur verbessern	16
Wachstumsbremse Bürokratie lösen	5	Internationaler Handel und EU-Binnenmarkt	17
Potenziale der Datenökonomie besser nutzen	6	Zukunft durch Innovationen sichern	18
Digitale Schlüsseltechnologien vorantreiben	7	Klimapolitik wettbewerbsfähig gestalten	20
E-Government für Unternehmen ausbauen	9	Mobilität neu erfinden	21
Eigenkapital stärken	11	Staatsfinanzen zukunftsfest machen	22
Bezahlbare und sichere Energieversorgung gewährleisten	12	Steuern senken und vereinfachen	23
Fachkräfte sichern	13	Umweltpolitik mit Augenmaß gestalten	25
Finanzmarktregulierung mittelstandsgerecht gestalten	14	Verkehrsinfrastruktur verbessern	26

Wirtschaftspolitische Grundsätze nach Corona: Soziale Marktwirtschaft erneuern

Situation

Wohlstandsmodell „Soziale Marktwirtschaft“ wird durch Wachstumsmüdigkeit, dirigistische Steuerung und staatliche Interventionen gefährdet.



Zielsetzung

Soziale Marktwirtschaft modernisieren, Akzeptanz von Wachstum stärken und Staatseingriffe auf erforderliches Maß zurückführen.



Impuls 1

Wirtschaftswachstum fördern, um Zukunft zu gestalten

- 1) Wachstumspotenzial in Deutschland sinkt auf 0,9 %¹. Das ist zu gering, um Wohlstand zu sichern, Schulden abzubauen, die Alterung der Gesellschaft sowie die Transformation zur Nachhaltigkeit zu finanzieren.
- 2) Faktor Demografie: Das BIP-Wachstum wird durch einen Rückgang des potenziellen Arbeitsvolumens jährlich um 0,1 %-Punkte gebremst.¹
- 3) Faktor Produktivität: Das durchschnittliche jährliche Wachstum der totalen Faktorproduktivität wird bis 2025 mit 0,5 % auf niedrigem Niveau bleiben.²
- 4) Faktor Außenhandel: Die Globalisierung stagniert, protektionistische Maßnahmen nehmen zu und im Dienstleistungsbereich bestehen weiterhin hohe Hürden.³

1) Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad.

2) Vorhandene Beschäftigungsressourcen werden optimal genutzt und zusätzliche Fachkräftepotenziale gehoben.

3) Produktivitätswachstum durch mehr Innovationen und stärkere Digitalisierung erhöhen.

4) Deutschland profitiert weiterhin im besonderen Maße von der Globalisierung.



Impuls 2

Strukturwandel effizient und wettbewerbsneutral ermöglichen

- 1) Um den Wandel hin zur nachhaltigen Wirtschaft zu vollziehen, greift die Politik mit dirigistischen Initiativen (wie dem Green Deal) zusehends direkt in originäre Entscheidungsbereiche und Geschäftsmodelle von Unternehmen ein.
- 2) Plädoyers für „nationale Champions“, „Taxonomien“ und „Industriepolitik“ offenbaren Glaube an Allwissenheit von Politik und Verwaltung.

1) Politisch definierte Nachhaltigkeitsziele werden mithilfe von passenden, neutralen und markt-basierten Systemen verfolgt. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Ziele werden gleichberechtigt angesehen.

2) Nicht der Staat entscheidet, welche Technologien und Unternehmen sich im Wettbewerb durchsetzen, sondern das Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage liefert die effizientesten Lösungen.



Impuls 3

Staatwirtschaft zurückfahren und Resilienz von Staat und Unternehmen erhöhen

- 1) Die Corona-Hilfsprogramme sind in der akuten Krisenphase geboten, sie führen aber zu Marktverzerrungen, Ungerechtigkeiten, „Zombie-Unternehmen“ und Risiken im Finanzsystem.
- 2) Die Schuldenstandsquote² wird auf 72,1 % steigen. Die erforderliche Konsolidierung auf 60 % (Maastricht-Kriterium) darf nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gehen.
- 3) Das Eigenkapital der Unternehmen ist in der Corona-Krise gesunken. Zur Finanzierung des Strukturwandels und zur Widerstandsfähigkeit bei künftigen Krisen benötigen die Firmen dickere Polster.

1) Begrenzung der Rettungsprogramme auf Krisenzeit.

2) Staatshaushalt muss durch einen Sparkurs bei nicht-wachstumsfördernden und nicht-investiven Ausgaben angegangen werden, um Resilienz für die nächste Krise zu erhöhen.

3) Unternehmen sind finanziell resilienter als vor der Corona-Krise aufgestellt.

¹ Gemeinschaftsdiagnose Wirtschaftsforschungsinstitute Herbst 2020.

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Nationaler Produktivitätsbericht 2020 und Jahresgutachten.

Berufliche Ausbildung attraktiv und zeitgemäß gestalten

Situation

Fachkräftebedarf, Angebots- und Karrieremöglichkeiten Top - Nachfrage Flop.



Zielsetzung

Berufliche Ausbildung ist flexibel, zeitgemäß und attraktiv.



Impuls 1

Aktualität und Modernität von Ausbildungsberufen sicherstellen

- 1) Systemträgeit und tradierte Verfahren behindern die Modernisierung von bestehenden Berufsbildern.
- 2) Die Entwicklung neuer Ausbildungsberufe ist intransparent, bürokratisch und beansprucht zu viel Zeit. Der vor 50 Jahren etablierte Prozess wird den Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gerecht.

- 1) Ausbildungsberufe werden systematisch, schnell und kontinuierlich im Einklang mit dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Strukturwandel modernisiert.
- 2) Neue Ausbildungsberufe müssen in maximal 1,5 Jahren entwickelt und in den Markt eingeführt sein. Bei Neuordnungsverfahren ist der Praxisbezug durch die Partizipation von KMU und betrieblichen Ausbildern gesichert.



Impuls 2

Flexible und integrative Ausbildungsverordnungen und -formen vorantreiben

- 1) Mangelnde Flexibilität und Modernität von Aus- und Fortbildungsverordnungen und -formen erschweren Bildungs-systemübergänge und reduzieren die Attraktivität der Beruflichen Bildung.
- 2) Nebenberufliches betriebliches Ausbildungspersonal hat trotz seiner Schlüsselfunktion mit Blick auf die Transformation zur Berufsbildung 4.0 zu wenig Unterstützung.

- 1) Attraktive, integrative, passgenaue und zielführende Ausbildungsformen und -berufe sorgen für Berufskarrieren.
- 2) Top qualifizierte Ausbilder*Innen sichern exzellente betriebliche Ausbildung und damit mittelbar Fachkräfte.



Impuls 3

Imageproblem der Beruflichen Bildung lösen

- 1) Formale und in der Öffentlichkeit oftmals postulierte Gleichwertigkeit der beiden Bildungswege wird von Berufswegentscheidern nicht wahrgenommen.
- 2) Berufliche Bildung als Second Best- oder als Backup-Lösung hat sich im Bewusstsein der Gesellschaft verfestigt. Karriere- und Berufliche Aufstiegsoptionen werden deutlich unterschätzt oder sind nicht bekannt.

- 1) Die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ist gelebte Realität. Gesellschaftlich und wirtschaftlich erfahren beide Bildungswege die gleiche Wertschätzung.
- 2) Image der Beruflichen Bildung ist in den Zielgruppen zeitgemäß als attraktiver Start in die Karriere etabliert und verankert.

Wachstumsbremse Bürokratie lösen

Situation

Bürokratieabbau wird von den Unternehmen regelmäßig als wichtigstes Handlungsfeld für die Politik genannt.¹



Zielsetzung

Effizienter Rechtsrahmen und zeitgemäße Verwaltung ermöglichen den Unternehmen, sich auf ihr operatives Geschäft zu konzentrieren.



Impuls 1

Bürokratieabbau als Konjunkturprogramm zum Nulltarif nutzen

- 1) Zahlreiche unnötig komplexe Vorschriften und Pflichten binden insbesondere in KMU Ressourcen und hemmen dadurch Produktivität und Innovationskraft.²
- 2) Den Unternehmen werden zunehmend originär staatliche Aufgaben übertragen, z.B. bei den CSR-Berichtspflichten, den geplanten Unternehmenssanktionen oder der Geldwäscherichtlinie.
- 3) Durch immer mehr EU-Vorschriften und (Pre-)Goldplating des nationalen Gesetzgebers werden Unternehmen zusätzlich und teilweise mehrfach belastet.

- 1) Systematischen Bürokratieabbau – vor allem im Mittelstand – als kostenloses Wachstumsprogramm begreifen und so private Investitionen ermöglichen.
- 2) Unternehmen dürfen nicht für die Erreichung politischer Ziele eingespannt und/oder für die Erfüllung genuin staatlicher Aufgaben genutzt werden.
- 3) Zusätzliche Vorschriften und Pflichten aufgrund neuer EU-Regelungen verhindern und proaktive nationale Initiativen unterlassen.



Impuls 2

Verwaltung ins 21. Jahrhundert bringen

- 1) Deutschland belegt im Bereich der digitalen Verwaltung EU-weit einen der letzten Plätze.³ Die Corona-Krise hat offenkundig gemacht, dass zahlreiche Verwaltungsprozesse immer noch nicht digital funktionieren.
- 2) Unternehmen haben durchschnittlich 130 Behördenkontakte pro Jahr.¹ Es fehlen nutzerorientierte digitale Verwaltungslösungen. Erhebliches Einsparpotenzial liegt für Unternehmen brach (1 Mrd. pro Jahr).

- 1) Alle Verwaltungsleistungen sind bundesweit leicht über einen single-point-of-contact auffindbar, einfach und standardisiert digital nutzbar sowie effizient und - wo möglich - automatisiert durchführbar.
- 2) Fokus von digitalen Verwaltungsangeboten auf Unternehmen legen und nutzerorientiert entwickeln. Unternehmen können sich online eindeutig identifizieren und authentifizieren.



Impuls 3

Bürokratieabbau zur Chefsache machen

- 1) Bürokratieabbau erfolgt weitgehend unkoordiniert und beschränkt sich auf Einzelmaßnahmen. Eine ganzheitliche, langfristig angelegte Strategie und adäquate, professionelle Strukturen fehlen.
- 2) In Gesetzen und Verordnungen werden zwar die Kosten der Regulierung formuliert, eine wirksame und systematische „Erfolgs-“ und Wirkungskontrolle anhand von vorher definierten Zielen findet aber nicht statt.

- 1) Zielorientierten und ressortübergreifenden Ansatz beim Bürokratieabbau verfolgen, wobei die Berücksichtigung der Unternehmensrealität im Mittelpunkt stehen sollte.
- 2) Es muss ein effizienter Rechtsrahmen angestrebt werden, kein ausufernder – dazu bedarf es einer Qualitätskontrolle.



Impuls 4

Planung entschlacken und digitalisieren

- 1) Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren zählen zu den drei Hauptgründen für langsames Unternehmenswachstum.¹
- 2) Analoge Verfahrensabläufe binden enorme Ressourcen – auch auf Verwaltungsebene. Bestehende digitale Bundesstandards werden nur schleppend umgesetzt.

- 1) Verlässlichkeit und Planungssicherheit müssen gewährleistet sein sowie Verfahren beschleunigt werden.
- 2) Medienbruchfreie Prozesse und Datentransfer auf Basis der Bundesstandards (XBau, Xplanung) müssen im Vordergrund stehen.

Potenziale der Datenökonomie besser nutzen

Situation

Die innovativen Potenziale durch eine sichere, praktikable Nutzung von Daten werden nicht ausgeschöpft.



Zielsetzung

Sichere digitale Ökosysteme, in denen Daten einfach wertschöpfend genutzt werden können.



Impuls 1

Datenschutz rechtssicher, praktikabel und wettbewerbskonform gestalten

- 1) Unternehmen fehlen praktikable Datenschutzregeln für alltägliche Geschäftsvorfälle (z. B. Websites). Sie klagen über zu umfangreiche Datenschutzpflichten ¹(u. a. Information, Dokumentation).
- 2) Deutsche Unternehmen sind auf Drittstaatentransfers angewiesen. Die Konsequenzen des EuGH-Urteils zu Schrems II könnten sich massiv negativ auf die deutsche Wirtschaft auswirken.²
- 3) Die Entwicklung neuer Technologien wie KI und Blockchain stellen Unternehmen vor gewichtige Rechtsfragen (bpsw. Zulässige Nutzung von Daten, Umsetzung von DSGVO-Pflichten).

- 1) Stabile und praktikable Gesetze für elektronische Kommunikation schaffen und unnötige Belastungen reduzieren. Digitale Wettbewerbsfähigkeit schafft Wachstum.
- 2) Rechtsunsicherheit für Drittstaatentransfers sind zeitnah zu beseitigen. Die Maßstäbe der DSGVO sind auf Anpassungsbedarf zu prüfen.
- 3) Planungssicherheit schaffen: Datenschutz sollte sich als Wettbewerbsvorteil und nicht als Wachstums- und Innovationsbremse erweisen.



Impuls 2

Sicheres digitales Ökosystem schaffen

- 1) Die Vielzahl von Förder- und Info-Angeboten zur IT-Sicherheit von Bund, Ländern sowie privaten Initiativen macht es Unternehmen schwer, passende und gute Hilfestellungen zu finden.
- 2) Auflagen für Unternehmen zu IT-Sicherheit (z.B. Meldepflichten) nehmen zu, ohne dass sie erkennbare Sicherheitsgewinne für die Betriebe bringen.
- 3) Die EU ist abhängig von Basistechnologien und Standards, die in den USA und Asien entwickelt werden.
- 4) Unternehmen ist oft unklar, wie sicher die eingekauften und eingesetzten Produkte sind.

- 1) Unternehmen sind auf Angriffe und Notfälle vorbereitet und haben eine zentrale Anlaufstelle, über die sie die passenden Informationen und Ansprechpartner finden.
- 2) Die Pflichten sind möglichst gering gehalten und ziel führend auch zum Nutzen der Unternehmen gestaltet.
- 3) In der EU werden weltweit konkurrenzfähige, sichere Soft- und Hardwareprodukte hergestellt.
- 4) Es ist für Unternehmen erkennbar und nachvollziehbar, welches IT-Sicherheitsniveau ein IKT-Produkt hat.



Impuls 3

Rohstoff Daten heben

- 1) Daten fallen bei den verschiedensten Akteuren an. Sie sind Grundvoraussetzung für digitale Innovationen, werden jedoch oftmals nicht im notwendigen Umfang aufbereitet.
- 2) Eigene Daten sind aber auch ein Kernelement für die Geschäftsmodelle vieler Unternehmen. Ihre Speicherung und Aufbereitung ist investitionsintensiv.
- 3) Daten lassen sich ohne Datenverlust teilen. In digitalen Prozessen ist häufig unklar, wer Zugriff auf dabei generierte Daten haben darf.
- 4) In der öffentlichen Verwaltung fallen viele Daten an, die zu wenig und schlecht auffindbar bereit gestellt werden.

- 1) Deutschland und die EU sind Vorreiter der Datenwirtschaft. Es stehen ausreichend Daten zum Trainieren von KI und für innovative Produkte zur Verfügung.
- 2) Recht an Daten ist geklärt; Datenkooperationen und Datenpools sind möglich.
- 3) Recht auf Datenzugang und -teilhabe ist abgestimmt.
- 4) Leichter Zugang zu "Open Government Data"

Digitale Schlüsseltechnologien vorantreiben

Situation

Deutschland hinkt im digitalen Wettbewerb hinterher. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit und digitale Souveränität.



Zielsetzung

Deutschland und EU nehmen bei digitalen Schlüsseltechnologien internationale Spitzenplätze ein.



Impuls 1

Digitalisierung strategisch angehen und digitale Souveränität sicherstellen

1) Deutschland ist bei der Digitalisierung nicht wettbewerbsfähig (6. der G7).¹ Die Wirtschaft läuft Gefahr, digital den Anschluss zu verlieren.

2) In Deutschland entstehen wenig disruptive, erfolgreiche digitale Geschäftsideen. Der Fokus der Politik liegt auf Digitalisierungsprojekten innerhalb bestehender Industrien.

3) Mangels eigener zentraler digitaler Technologien besteht in manchen elementaren Digitalbereichen (z.B. Plattformen, Infrastruktur) eine Abhängigkeit, die Innovationsspielräume und Sicherheit gefährden können.

1) Deutschland nutzt die Chancen der Digitalisierung engagiert und hat seine Aktionen dazu umfassend, aus einem Guss und schlagkräftig ausgerichtet.

2) Digitalen Einhörnern den Weg bereiten: Ein branchenübergreifendes, digitales Ökosystem und ein digitales Mindset fördern innovative und disruptive digitale Geschäftsideen.

3) Deutschland und die EU sind in kritischen Digital- und Datenbereichen souverän und bringen eigenständige innovative Technologien und wettbewerbsfähige Lösungen hervor.



Impuls 2

Spitzenposition in digitalen Technologien erreichen

1) Bei Zukunftstechnologien wie KI oder Blockchain haben die EU und Deutschland noch eine Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen – auch wenn andere Länder (USA, China,...) schon weiter sind.

2) Wegweisende Zukunftstechnologien wie Quantencomputing, 6G,... bieten enormes Potenzial für die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft.

3) Der breiten Nutzung digitaler Schlüsseltechnologien stehen häufig regulative Einschränkungen, fehlende Treiber und mangelnde Akzeptanz gegenüber.

1) Deutschland nimmt als regionaler Leuchtturm in der EU einen internationalen Spitzenplatz bei digitalen Schlüsseltechnologien und deren breiter Nutzung ein.

2) Deutschland greift Zukunftstechnologien frühzeitig auf um Technologieführerschaft und breite Anwendung zu erreichen.

3) Erschwerende Rahmenbedingungen für digitale Schlüsseltechnologien werden früh identifiziert und verbessert.



Impuls 3

Mittelstand mitnehmen

1) Kleine und mittlere Unternehmen profitieren oft mangels Wissen, Kompetenzen und Ressourcen weniger und später von digitalen Schlüsseltechnologien.

2) Erst 25% der IHK-Mitglieder sieht sich digital gut oder sehr gut aufgestellt.² Erhebliches Potenzial für mehr Effizienz, Absatzmärkte und Kommunikation liegt brach.

1) Kleine und mittlere Unternehmen sind frühzeitig über technologische Entwicklungen informiert und setzen sie zügig, sicher und zielführend für ihre Zwecke ein.

2) Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen schöpfen die Chancen der Digitalisierung für sich umfassend aus.

Digitale Schlüsseltechnologien vorantreiben

Situation

Deutschland hinkt im digitalen Wettbewerb hinterher. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit und digitale Souveränität.



Zielsetzung

Deutschland und EU nehmen in digitalen Schlüsseltechnologien internationale Spitzenplätze ein.



Impuls 4

Digitale Kompetenz und Akzeptanz stärken

1) 9 von 10 Jobs benötigen digitale Kompetenzen.³
2/3 der Unternehmen haben aufgrund des Fachkräftemangels Schwierigkeiten, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen.⁴

2) Neue Technologien wie KI, Robotik oder Blockchain stoßen in der Gesellschaft auf Skepsis, die einer breiten Nutzung neuer Lösungen entgegensteht.

1) Unternehmen und ihre Mitarbeiter haben ausreichende digitale Kompetenz um den digitalen Wandel aktiv mitzugestalten.

2) Die Gesellschaft geht offen, informiert und digital kompetent mit neuen Technologien um. Neue Technologien sind transparent und halten ethische Standards ein.

E-Government für Unternehmen umsetzen

Situation

Analoge bzw. schlecht digitalisierte Verwaltungsleistungen führen bei Unternehmen zu hohen Bürokratiekosten.



Zielsetzung

Auf ein Minimum reduzierte Verwaltungskontakte erfolgen schnell und nutzerfreundlich.



Impuls 1

Bundesweites Gesamtkonzept erarbeiten und umsetzen

1) Der Ausbau digitaler Verwaltungsangebote birgt erhebliches Einsparpotenzial: bei Unternehmen i.H.v. 54 % ihres Aufwands für Behördengänge (=1 Mrd. €/Jahr), bei der Verwaltung i.H.v. 59 % (=3,9 Mrd. €/Jahr)¹.

2) Unternehmen treffen auf einen föderalen Flickenteppich von digitalen Verwaltungsangeboten, der verwirrt und Mehraufwand generiert.

1) Chancen der Digitalisierung endlich auch in der Verwaltung umfassend nutzen und damit die Wirtschaft entlasten und besser unterstützen.

2) Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltung bieten den Unternehmen als Kunden einheitlich auftretende, interoperable digitale Leistungen an. Zudem ist die Anschlussfähigkeit an EU-Institutionen sichergestellt.



Impuls 2

Onlinezugangsgesetz (OZG) konsequent umsetzen und ausweiten

1) Die im OZG vorgesehene Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen bis 2022 droht durch Verzögerungen und Depriorisierung vieler Leistungen nicht erreicht zu werden.

2) Servicekonto und digitale Authentifizierungsmöglichkeiten sind elementare Komponenten für den Erfolg der OZG-Umsetzung. Für Unternehmen als juristische Personen fehlt das noch.

3) Die Eröffnung eines Online-Zugangs für einzelne Leistungen nach OZG greift zu kurz. Optimierungspotenziale der Prozesse in Unternehmen und Verwaltung bleiben dabei unberücksichtigt.

1) Unternehmen können so schnell als möglich (spätestens 2022) tatsächlich alle relevanten Verwaltungskontakte digital durchführen.

2) Das auf Basis von ELSTER geplante Servicekonto für Unternehmen dient bundesweit als Zugang zum Portalverbund mit hilfreichen, standardisiertem Funktionsspektrum.

3) Verwaltungsdigitalisierung findet im Ökosystem aus Unternehmen und Verwaltungen statt: Prozesse greifen reibungslos ineinander.



Impuls 3

Unternehmen als Power-User von E-Government in den Fokus stellen

1) Unternehmen haben ~130 Kontakte/Jahr zur Verwaltung (Bürger ~3/Jahr). Trotzdem fokussieren viele E-Government-Projekte auf Bürger. Effizienzpotenzial für Wirtschaft liegt brach.

2) Digitale Verwaltungsangebote sind oftmals zu sehr aus Verwaltungssicht konzipiert und nicht nutzerfreundlich.

3) Digitale Verwaltungsleistungen sind schwer zu finden und nicht leicht zu nutzen. Dies verhindert die Akzeptanz von E-Government-Angeboten.

1) E-Government-Aktivitäten auf schnelle Hebung des großen Effizienzpotenzials für Unternehmen ausrichten.

2) Oberste Maxime aller Digitalisierungsaktivitäten der öffentlichen Hand sind die Anforderungen der Nutzer, d.h. Unternehmen aller Branchen und Größenklassen.

3) Single Point of Contact: alle unternehmensrelevanten Leistungen sind auf einer Plattform auffindbar und einfach nutzbar.

E-Government für Unternehmen umsetzen

Situation

Analoge bzw. schlecht digitalisierte Verwaltungsleistungen führen zu hohen Bürokratiekosten.



Zielsetzung

Auf ein Minimum reduzierte Verwaltungskontakte erfolgen schnell und nutzerfreundlich.



Impuls 4

Datenschutz
in Verwaltung bergen

1) Unternehmen geben gleiche / ähnliche Daten bei unterschiedlichen öffentlichen Stellen und Verfahren x-fach wiederholt ein.

2) Daten sind Grundlage für innovative Lösungen: In den Verwaltungen liegen viele Daten ungenutzt.

1) "Once Only"-Prinzip: Unternehmen geben ihre Daten einmal ein. Verwaltungsverfahren rufen bereits vorhandene Daten ab.

2) Die Verwaltung nutzt die eigenen Daten für Prozessoptimierung. Unternehmen nutzen die Daten der öffentlichen Verwaltung umfassend.



Impuls 5

Innovationen
in Verwaltung anreizen

1) Verwaltungen nutzen neue Technologien später als Unternehmen, verpassen deren Chancen und bremsen so die Digitalisierung insgesamt.

2) Startups haben hohe Innovationskraft, erhalten aber oft keine Aufträge der öffentlichen Verwaltung. Grund sind u.a. Ausschreibungsanforderungen wie dem Nachweis der letzten 3 Jahresabschlüsse.

1) Verwaltung greift neue Technologien frühzeitig auf, versteht sie und unterstützt damit Akzeptanz in Gesellschaft & Digitalisierung in Unternehmen.

2) Die öffentliche Verwaltung profitiert von innovativen Startups für schnelle Verwaltungsangebote.

Eigenkapitalstärkung: „Mittelstandslücke“ schließen

Situation

Vor allem im Mittelstand schmilzt das Eigenkapital durch corona-bedingte Verluste



Zielsetzung

Mittelstandslücke bei Eigenkapitalmaßnahmen schließen



Impuls 1

Steuerliche Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung umsetzen

- 1) Corona-bedingte Verluste verschlechtern die Eigenkapitalsituation von eigentlich profitablen Unternehmen. Rund 40% der Unternehmen¹ berichten von einem Rückgang des Eigenkapitals.
- 2) Krisenbedingte Aufwendungen belasten die Ertragslage der Unternehmen, wirken sich aber gerade in einer Verlustsituation nicht unmittelbar steuermindernd aus.
- 3) Unternehmen, die nach der Krise wieder Gewinn machen, können lediglich 60% der 1 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung 2 Mio. Euro) übersteigenden Gewinne direkt mit Verlustvorträgen verrechnen. Dadurch fallen trotz bestehender Verlustvorträge Steuern an, was das Eigenkapital belastet.
- 4) Der Eintritt neuer Investoren in notleidende Betriebe und Startups kann zum Verlustuntergang führen. Das hemmt den Anteilseignerwechsel.

1) Zielgenaue Liquiditätszufuhr für Unternehmen, die vor der Krise ein funktionierendes Geschäftsmodell hatten und ihre Gewinne in Deutschland versteuert haben.

2) Flankierend zum verbesserten Verlustrücktrag zeitliches Vorziehen von corona-bedingten Aufwendungen zulassen und dadurch Liquidität zuführen.

3) Unternehmen erst dann zu Steuerzahlung heranziehen, wenn während der Pandemie erlittene Verluste voll ausgeglichen sind. Dies ist kein Steuergeschenk, sondern ein Gebot der Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit.

4) Eintritt neuer Investoren in angeschlagene Unternehmen attraktiver machen, um gute Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze zu sichern.



Impuls 2

EU-Definition von Unternehmen in Schwierigkeiten anpassen

- 1) EU-Definition von „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (UiS) führt dazu, dass gut positionierte KMU, bei denen durch die Corona-Pandemie mehr als die Hälfte des Eigenkapitals aufgebraucht ist, keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung haben. UiS mit weniger als 50 Beschäftigten sind nur dann von Förderungen ausgeschlossen, wenn ein Insolvenzverfahren läuft.

1) Unternehmen mit 50 oder mehr Beschäftigten, die sich nicht in einem Insolvenzverfahren befinden, erhalten die Möglichkeit auf staatliche Unterstützung analog zu den UiS mit weniger als 50 Beschäftigten.



Impuls 3

Nachrangdarlehen besser zugänglich machen

- 1) Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds und der Eigenkapitalschild Mittelstand werden nur einer kleineren dreistelligen Zahl an großen Unternehmen helfen.
- 2) Für Gründer gibt es mit dem „ERP Kapital für Gründung“ ein passendes Angebot. Allerdings gibt es pro Jahr lediglich rund 400 Zusagen, obwohl das Programm von 94 auf 150 Mio. Euro. aufgestockt wurde.

1) Mittelstandslücke wird durch kreditnahe Produkte mit Nachrang- bzw. Eigenkapitalcharakter geschlossen.

2) Programm „ERP Kapital für Gründung“ langfristig erhalten und durch Anpassung der Zugangskriterien mehr Gründern zugänglich machen.

Bezahlbare & sichere Energieversorgung gewährleisten

Situation

Hohe Kosten und stabile Versorgung stellen Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen.



Zielsetzung

Stromversorgung der Zukunft: sicher, bezahlbar und umweltfreundlich



Impuls 1

Drohende Erzeugungslücke schließen & Netzausbau vorantreiben

- 1) Der Kern- und Kohleausstieg bis 2022 bzw. 2038 reduziert die Stromerzeugungskapazität. Wirtschaftlicher, regionaler EE-Zubau sowie Stromimporte werden immer dringlicher.
- 2) Versorgung muss durch kostenintensives Redispatch und Einspeisemanagement gesichert werden. Der Aufbau von netztechnischen Betriebsmitteln, Speichern u. weiteren Flexibilitätsoptionen geht zu zögerlich voran.
- 3) Der bislang unvollendete Europäische Energiebinnenmarkt birgt Potential für ein stabileres Angebot und mehr Wettbewerb im Strommarkt und damit für die Linderung von Versorgungsunsicherheiten in den EU-Regionen.

- 1) Stromnetzkapazitäten müssen ausreichend vorhanden sein, um die Versorgung mit volatilen EE und in sonnen- und windarmen Abend- und Nachtstunden zu sichern.
- 2) Vor Abschalten der letzten Kern- und Kohlekraftwerke müssen netztechnische Betriebsmittel ausreichend verfügbar sein. Systemstabilität sollte auf Basis von Effizienzkriterien sowie Erneuerbaren gesichert werden.
- 3) Der Energiebinnenmarkt sollte vollendet werden, um bisher ungenutzte Effizienzpotentiale der europ. Stromversorgung zu heben und zu einer stabilen und kosteneffizienten Versorgung beizutragen.



Impuls 2

Strompreise dauerhaft senken

- 1) Umlagen und Steuern machen gut 50 % des deutschen Strompreises aus. Netzentgelte ca. ein Viertel, Tendenz steigend. Die Nutzung von Strom ist im Vgl. zu anderen Energieträgern unverhältnismäßig belastet und zu teuer.
- 2) Die EEG-Umlage hat sich in den letzten Jahren mehr als verdreifacht, die Corona-Krise verursacht zusätzlich Druck auf das EEG-Konto. Zuletzt beschlossene Deckelung für 2021 und 2022 (auf 6,5 bzw. 6 ct/kWh) reichen nicht.
- 3) Durch die höchsten Industriestrompreise in der EU hat v. a. die stromintensive Industrie bereits erhebliche Nachteile im globalen Wettbewerb.

- 1) Das Steuer-, Abgaben- und Umlagesystem darf die Strompreise nicht über Gebühr belasten und muss den Umstieg auf emissionsarme Energien ermöglichen.
- 2) Beschlossene Deckelung der EEG-Umlage durch BEHG-Einnahmen und Corona-Konjunkturpaket ist Einstieg für eine nachhaltige Entlastung und mittelfristig Abschaffung der EEG-Umlage.
- 3) Industriestrompreis muss global wettbewerbsfähig sein (Richtwert 40 €/MWh), Preisverzerrungen sowie die Ineffizienzen eines unvollendeten europäischen Strombinnenmarktes müssen beseitigt werden.



Impuls 3

Ausbau erneuerbarer Energien forcieren

- 1) Der Windkraftausbau stockt seit Jahren. Gleiches gilt für die Wasserkraft, die auch einen Beitrag zur Grundlastsicherung liefern kann. Lediglich die Photovoltaik wird noch nennenswert ausgebaut.
- 2) Zukunft vieler bestehender Erneuerbarer-Anlagen ist mangels etablierter, marktbasierter Geschäftsmodelle für die lange Frist sowie planungs- und genehmigungsrechtlicher Hürden immer noch ungewiss.
- 3) Immer mehr erneuerbarer Strom (EE) kann mangels geeigneter Stromnetze, Speicher und Flexibilitäten nicht mehr genutzt werden. 2019 mussten laut BNetzA 6,5 GWh abgeregelt werden, 19 % mehr als 2018.

- 1) Das Potenzial zum Ausbau der erneuerbaren Energien kann einen wichtigen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten und muss genutzt werden wo wirtschaftlich sinnvoll.
- 2) Das Repowering auf bestehenden Standorten sowie der Betrieb und die effiziente Weiternutzung von Bestandsanlagen nach Auslaufen der post-EEG-Übergangsförderung müssen langfristig wirtschaftlich möglich sein.
- 3) Weiterer Erneuerbaren-Ausbau muss mit zunehmend flexibilisierter Stromerzeugung/-nachfrage, Netzausbau, sowie mehr Speicher- und Umwandlungstechnologien (Beispiel: Wasserstoff!) einhergehen.

Fachkräfte sichern – digitale Kompetenzen ausbauen

Situation

Bis 2030 sinkt in Hessen das Fachkräfteangebot um über 1 Mio. Zugleich verändert die Digitalisierung die Qualifikationsanforderungen und die Arbeitsprozesse



Zielsetzung

Alle Fachkräftepotenziale entwickeln
Und Anreize für lebensbegleitendes Lernen schaffen



Impuls 1

Digitale Kompetenzen ausbauen

Berufsbilder verändern sich durch die Digitalisierung. IT- Fach- und Anwenderkenntnisse werden in allen Branchen benötigt. Auch die Art des Lernens verändert sich. Präsenzweiterbildung wird durch digitales Lernen bereichert und teilweise abgelöst.

Anreize für Unternehmen und Fachkräfte schaffen, damit insbesondere digitale Kompetenzen lebensbegleitend weiterentwickelt werden.



Impuls 2

Zusätzliche Fachkräftepotenziale heben

1) Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den letzten Jahren deutlich auf 77% gestiegen (Männer: 85%). Allerdings arbeiten 46% der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit

1) Erwerbstätigkeit von Frauen weiter steigern, indem die Teilzeitquote zurückgeführt und die stille Reserve weiter abgebaut wird.

2) Zwischen 2008 und 2018 ist die Erwerbsquote bei den 55- bis 60-Jährigen um 7,8 Punkte auf 83%, bei den 60- bis 65-Jährigen um 24,7 Punkte auf 63% gestiegen.

2) Erwerbsquote der über 60-Jährigen soll weiter steigen.

3) Seit 1. März 2020 ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft. Die Regelungen sind im In- und Ausland noch wenig bekannt und die Abläufe z.T. noch nicht etabliert.

3) Die Vereinfachungen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes umsetzen und bekannt machen. Beschleunigtes Fachkräfteverfahren in die Praxis umsetzen



Impuls 3

Vereinbarkeit von Familie & Beruf weiter erleichtern

Die Mehrheit der Eltern wollen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren. Das gilt analog für die Vereinbarkeit von Pflege & Beruf.

Verlässliche Kinder- und Angehörigenbetreuung



Impuls 4

Arbeitswelt 4.0 ermöglichen

Die Arbeitswelt wird komplexer und flexibler und braucht adäquate Regelungen. Immer mehr Beschäftigte wollen ihre Tätigkeit flexibel umsetzen.

Eigenverantwortliche Gestaltungsrahmen für Betriebe und Beschäftigte. Rechtssichere und unbürokratische Lösungen für mobiles Arbeiten.

Situation

Zunehmende Hürden bei der Finanzierung und bei Offenlegungspflichten für den Mittelstand



Zielsetzung

Die Finanzierung(sfähigkeit) des Mittelstandes muss gewährleistet bleiben



Impuls 1

Kein (Pre-)Gold Plating von EU-Regelungen vornehmen

- 1) In vielen Themenfeldern der Finanzmarktregulierung schreitet Deutschland proaktiv voran, z.B. bei der Umsetzung der Sustainable Finance Agenda. Dadurch ergeben sich Inkonsistenzen und unnötige Zusatzbelastungen für Unternehmen und Banken und Nachteile im europäischen Wettbewerb.

- 1) Deutsche Rechtsvorschriften im Rahmen der Finanzmarktregulierung wie z.B. Basel III oder Sustainable Finance sollten nicht über europäische Vorgaben hinausgehen.

Impuls 2

Sustainable Finance praxisorientiert umsetzen

- 1) Finanzströme sollen lt. dem EU-Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums gezielt in „nachhaltige“ Projekte und Unternehmen gelenkt werden. Ein Kriterienkatalog bestimmt dabei, was „grüne“ und damit finanzierbare Wirtschaftstätigkeiten sind (Taxonomie). Finanzierungen könnten künftig schwieriger und teurer werden.
- 2) Die EU konzentriert sich bei der Implementierung der Offenlegungspflichten im Rahmen der CSR-Richtlinie auf Firmen mit mehr als 500 Mitarbeitern. Aktuell steht eine Ausweitung der Pflicht auf KMU in Diskussion. Dadurch drohen überbordende bürokratische Zusatzlasten.
- 3) Der Versuch, Umwelt- und Sozialpolitik über die Finanzmarktpolitik zu steuern, führen zu einer ineffizienten Doppelregulierung. Falls durch Politikmaßnahmen die Nachfrage nach als nachhaltig klassifizierten Investments schneller zunimmt als das Angebot, könnte es zu einer Blasenbildung kommen.¹

- 1) Die Finanzierungsfähigkeit des Mittelstandes darf nicht eingeschränkt werden. Investitionen sollten nicht gehemmt werden.

- 2) Proportionalität bei Berichtspflichten für kleine und mittelständische Unternehmen wahren.

- 3) Die Finanzmarktpolitik beschränkt sich auf die Finanzmarktstabilität und die Steuerung von Ausfallrisiken.

Impuls 3

Bankenregulierung mittelstandsfreundlich gestalten

- 1) Durch die in der EU spätestens bis Anfang 2023 umzusetzenden Basel III-Standards droht ein Anstieg der gesetzlichen Mindestkapitalanforderungen für Kreditinstitute, der das Potenzial zur Kreditvergabe und zu Exportfinanzierungen mindert. Die Finanzierungsbedingungen verteuern sich.
- 2) Aktuell unterliegen die mittelständischen Kreditinstitute in Europa – anders als in den USA – im Wesentlichen den gleichen Regulierungsanforderungen wie Großbanken („one size fits all“). Dies führt zu unverhältnismäßigen Kosten für kleine Institute, die verlässliche Kreditversorgung ist in Gefahr.

- 1) Mit Basel III kommt es zu keiner Anhebung der Eigenkapitalanforderungen. Der Finanzierungsspielraum der Banken wird nicht eingeschränkt.

- 2) Die Berücksichtigung der Proportionalität in der Bankenregulierung sollte ausgebaut werden.

Gründungen erleichtern und Wachstum fördern

Situation

Ausufernde Bürokratie, steuerliche Hürden und fehlendes Kapital hemmen Gründungen



Zielsetzung

Gründerfreundliche Rahmenbedingungen in Deutschland schaffen



Impuls 1

Bürokratische Hürden bei Gründungen abbauen

- 1) Gründer müssen gleiche Daten zu bestimmten Standardinformationen verschiedenen Behörden und Verwaltungen mitteilen, was gerade in der Startphase eine unnötige und vermeidbare Belastung darstellt.
- 2) Für eine Gründung sind eine Vielzahl von Behörden über unterschiedliche Kanäle zu kontaktieren. Das stellt für Gründer eine hohe Belastung dar. Anmeldungen beim Finanzamt und Handelsregister dauern zu lange.
- 3) Gründer starten oft alleine oder mit wenigen Mitarbeitern. Kleinunternehmer (< 50 Mitarbeiter) schultern bis zu zehn Mal höhere Bürokratiekosten pro Mitarbeiter als größere Unternehmen (> 250 Mitarbeiter).

1) Mit der expliziten Zustimmung der Gründer ist es der öffentlichen Verwaltung erlaubt, Daten wiederzuverwenden und untereinander auszutauschen.

2) Es gibt einen zentralen Zugang, über den alle relevanten Informationen und Prozesse für die Gründung zu finden sind. Gewerbeanmeldung wird innerhalb eines Tages, Steuernummer innerhalb von 5 Tagen zugeteilt.

3) Bürokratieranforderungen für Gründer sind auf ein notwendiges Minimum reduziert.



Impuls 2

Steuerliche Erleichterungen für Existenzgründer voranbringen

- 1) Die bisherige Verpflichtung zur monatlichen Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldung ist für Neugründer befristet bis Ende 2026 ausgesetzt.
- 2) Nur Kleinunternehmer mit einem Umsatz unter 22.000 Euro profitieren von einer vereinfachten Umsatzsteuererklärung. Diese Grenze erreicht zu wenig Gründer.

1) Damit administrative Belastungen für Gründer abgebaut werden, wird auch künftig auf die Umsatzsteuer-Voranmeldung verzichtet.

2) Eine größere Anzahl von Gründern sollte in der Anfangsphase von vereinfachten Vorschriften profitieren, um sich stärker aufs Geschäft zu konzentrieren.



Impuls 3

Anreize für Neugründungen setzen

- 1) Für die Begleitung der Startups in ihrer kapitalintensiven Wachstumsphase sind die VC-Fonds in Deutschland i.d.R. zu klein. Gerade spätere Finanzierungsrunden auf dem Weg zum „Unicorn“ mit internationaler Relevanz sind nicht möglich. Daher wandern sie ins Ausland ab.
- 2) Investoren und VC-Fonds stehen vor steuerlichen und bürokratischen Hürden, z.B. fällt Umsatzsteuer auf die Verwaltungsleistung von VC-Fonds an und bislang können Investments in Startups nicht sofort steuerlich geltend gemacht werden.
- 3) Beschränkungen und Nachfrageeinbrüche aufgrund der Coronakrise haben sich negativ auf das Gründergeschehen ausgewirkt. Gute Startbedingungen sollten Neugründungen fördern.

1) Institutionelle Anleger und die Gesellschaft investieren in Deutschland ähnlich viel in Venture Capital wie in den USA¹. Große VC-Fonds haben sich wie in den USA etabliert und eine verlässliche Rendite-Historie aufgebaut.

2) Es liegen steuerliche Rahmenbedingungen für Investoren liegen vor, die Anreize für ein prosperierendes Investitionsklima schaffen.

3) Die Gründungsszene ist wieder vital und ein wichtiger Baustein für unternehmerische Dynamik und digitale und nachhaltige Innovationen.

IKT-Infrastruktur schnell verbessern

Situation

Die Mobilfunk- & Breitbandversorgung ist Grundlage aller Digitalisierung. Vor allem für Unternehmen ist der Status quo unbefriedigend.



Zielsetzung

Leistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze für digital erfolgreiches Wirtschaften.



Impuls 1

Breitbandausbau auf Unternehmen fokussieren

- 1) Unternehmen benötigen weit leistungsfähigeres Internet als Haushalte. Der politische Fokus liegt aber oft auf Haushaltsbedarfen.
- 2) Die Gigabit-Verfügbarkeit im ländlichen Raum liegt bei nur ca. 12%.¹ Hier können Unternehmen innovative Lösungen mit Gigabit-Bedarf nicht umsetzen.

- 1) Unternehmen können ihren höheren Breitbandbedarf am Standort bezahlbar abdecken.
- 2) Unternehmen mit besonders hohem Gigabitbedarf können schnell ihre individuelle Anbindung bezahlbar realisieren.



Impuls 2

Ausbau des Breitbandnetzes beschleunigen

- 1) Regulierungsvorschriften sind mitunter unklar in den Auswirkungen (DigiNetz-Gesetz verzögerte aufgrund strittiger Rechtslage den Ausbau statt zu beschleunigen)
- 2) Hoher Zeit- und Kostenaufwand für Baugenehmigungen bremst Tiefbauunternehmen aus.
- 3) Fehlende Kapazitäten im Tiefbau limitieren die Umsetzungsgeschwindigkeit des Breitbandausbaus.²

- 1) Schnellerer Ausbau durch gewährleistete Investitionssicherheit für Kommunen und Netzanbieter.
- 2) Die Planung und Genehmigung des Breitbandausbaus erfolgt schnell und zuverlässig.
- 3) Der Breitbandtiefbau wird deutlich beschleunigt



Impuls 3

Mobilfunk-Versorgung effektiv verbessern

- 1) 84% der befragten Unternehmen berichten von Mobilfunkproblemen mit Telefonie und Datenmobilfunk.³
- 2) Die Chancen von 5G werden insbesondere von KMU oft noch nicht gesehen. Anwendungen und 5G-Infrastrukturausbau werden noch wenig vorangetrieben.

- 1) Die flächendeckende Mobilfunk-Basisversorgung mittels 4G ist 2022 vorhanden.
- 2) Die innovativen Chancen von 5G werden genutzt. 5G-Netze werden sowohl von den Netzbetreibern als auch von Unternehmen aufgebaut und verwendet.



Impuls 4

Weniger Bürokratie bei Planung und Genehmigung von Mobilfunkstandorten

- 1) Mobilfunkinfrastruktur benötigt oft umfangreiche Genehmigungen, die den Ausbau verzögern.
- 2) Zu lange Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse: Von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines Mobilfunkmasten vergehen in der Regel 12-24 Monate.

- 1) Nur noch besonders umfangreicher Ausbau von Mobilfunkinfrastruktur benötigt Genehmigungen.
- 2) Binnen drei Monaten erfolgt die Genehmigungsentscheidung.



Impuls 5

Mobilfunkstandorte finden, Bedenken begegnen

- 1) Netzbetreiber haben Probleme bei der Suche nach Mobilfunkstandorten.
- 2) Bedenken aus Bevölkerung und Verwaltung hinsichtlich Strahlung und Ästhetik / Denkmalschutz verzögern den schnellen Mobilfunkausbau unverhältnismäßig.

- 1) Es gelingt, zügig ausreichende Mobilfunkinfrastruktur zu finden, insbesondere von der öffentlichen Hand.
- 2) Die Diskussion um potenzielle Mobilfunkrisiken erfolgt informiert und sachlich. Der Nutzen von Mobilfunk wird anerkannt.

Innovationen sichern die Zukunft

Situation

Anzahl der innovativen Mittelständler ist auf 19 % gesunken¹.



Zielsetzung

Innovationen aus Deutschland: schnell, global erfolgreich.



Impuls 1

Deutschland und EU zum „Technologieowner“ neben USA und China machen

- 1) Die deutsche Hightech-Strategie 2025 ist solide, aber nicht visionär. Sie nimmt richtige Herausforderungen auf, enthält aber keine Vorstellung von der technologischen Positionierung Deutschlands in der Welt 2030.
- 2) Deutschland und die EU laufen technologisch den USA und China hinterher.

- 1) Es gibt eine Vision 2030 mit 5 technologischen Kernbotschaften und einen Umsetzungsplan.
- 2) Es gibt eine europäische und deutsche Vision für die Technologieführerschaft (Antwort auf China 2025).



Impuls 2

Digitale Souveränität Europas vorantreiben

- 1) Digitale Plattformen entwickeln sich zu Monopolen. Unternehmen sind zum großen Teil von Digitalkonzernen aus Drittstaaten abhängig.
- 2) Unternehmen nutzen ihre Daten zu wenig. Oft ist unklar, wer generierte Daten wie verarbeiten darf. Potentielle Chancen aus neuen Geschäftsmodellen bleiben damit ungenutzt.

- 1) Markt- und wettbewerbsfähige Lösungen auf deutscher und EU-Ebene sind erfolgreich. Wachstumskapital durch in- und ausländische Investoren steht auf Augenhöhe mit den USA und China zur Verfügung.
- 2) Recht auf Datenzugang und -teilhabe ist abgestimmt. Datengetriebene Geschäftsmodelle aus Deutschland / der EU sind international erfolgreich am Markt.



Impuls 3

Schneller in den Markt: Technologietransfer neu ausrichten

- 1) Der schnelle Transfer von wiss. Erkenntnissen und Technologieentwicklungen in den Markt funktioniert nicht. Akteure fehlen, die aktiv auf KMU zugehen und Partner der Unternehmen sind.
- 2) Eine umfassende Wissensbasis über vorhandene wissenschaftliche Kompetenzen an deutschlandweiten Wissenschaftseinrichtungen fehlt.
- 3) Schutzrechtsverhandlungen, mangelndes Praxisverständnis und „Denken in Semestern“ erschweren Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen.

- 1) Der Technologietransfer ist professionalisiert. Regionale Ansprechpartner für KMU sind bei Wirtschaftsfördereinrichtungen (u.a. IHKs) angesiedelt.
- 2) Umfassende Wissensbasis über Technologiekompetenzen für Anfragen von Unternehmen existiert und wird gepflegt.
- 2) In der Wissenschaft liegen pragmatische Regelungen für den Umgang mit Schutzrechten, Praxiserfahrungen und praxisorientiertes Projektmanagement vor.



Impuls 4

„Erst mal machen“ statt regulieren

- 1) Komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren und Prüfvorschriften (z. B. Umweltauflagen, Brandschutz, Barrierefreiheit, Produktsicherheit) hemmen kurze Wege in den Markt.²
- 2) Die Marktakzeptanz von Technologien kann nicht am Anfang einer Entwicklung unter Realbedingungen getestet werden.

- 1) Schnelle Genehmigungen (festgelegte Zeiträume) und handhabbare Vorschriften sind eingeführt. D reguliert nicht mehr als die EU vorschreibt (kein „Gold-Plating“).
- 2) Förderlücke zwischen Demonstrator und funktionsfähiger Kleinserie sind geschlossen. Realitätsnahe Testfelder für den Markttest stehen bereit.

Innovationen sichern die Zukunft

Situation

Anzahl der innovativen Mittelständler ist auf 19 % gesunken¹.



Zielsetzung

Innovationen aus Deutschland: schnell, global erfolgreich.



Impuls 5

Projektförderung erleichtern

- 1) Die Antragstellung in der Projektförderung ist zu kompliziert (z. B. Antragsverfahren digital & schriftlich, Nebenbestimmungen). Calls entsprechen nicht der Realität in Unternehmen, denn Innovationen richten sich nicht nach Stichtagen.
- 2) Die Förderlandschaft ist unübersichtlich und die Abgrenzung der Programme ist oftmals schwierig. Bspw. existieren vier Programme zur E-Mobilität von vier unterschiedlichen Ministerien).

1) Einheitliche Anträge und Abrechnung. Antragstellung ist fortlaufend möglich.

2) Die Förderprogramme sind zwischen den Ressorts abgestimmt und konsolidiert. Es gibt weniger, dafür thematisch breitere Programme.

Impuls 6

Schutzrechte stärken

- 1) Die Zeit zwischen Patentantrag und Erteilung des Schutzrechts dauert zu lange, u.a. weil (ca. 150) Prüfer beim Deutschen Paten- und Markenamt (DPMA) fehlen.
- 2) Der Schutz neuer digitaler Verfahren und von Software ist in Deutschland in Verbindung mit technischer Wirkung möglich, aber zu wenig bekannt und genutzt.
- 3) Die Kosten für die Verteidigung von Schutzrechten können Existenzen gefährden.

1) Die Prüfung – mindestens der Erstbescheid – ist innerhalb eines Jahres nach Antragstellung abgeschlossen. Benchmark: Beschleunigtes Verfahren des EPA (PACE, Erstbescheid nach 3 Monaten).

2) Der Schutz von Software mit technischer Wirkung ist im Mittelstand bekannt und wird genutzt. Ein Abgleich in der Handhabung zwischen EPA und DPMA ist erfolgt.

3) Insbesondere kleine Unternehmen erhalten bei der Verteidigung der Schutzrechte Unterstützung.

Impuls 7

Anwendung von Normen erleichtern

- 1) Um auf dem Markt wettbewerbsfähig zu bleiben und Regularien einzuhalten, müssen Unternehmen eine Vielzahl von teuren Normen kaufen. Gerade für kleine Unternehmen stellt dies eine hohe Hürde dar.
- 2) Die Aktualisierung von Normen kostet Zeit und Geld.

1) Unternehmen kennen die für sie relevanten Normen und können sie mit überschaubarem Ressourcenaufwand vorhalten.

2) Unternehmen können stets auf die aktuellen Normen zurückgreifen.

Situation

Exportwachstum eingebrochen, Schwächen der Wirtschaft deutlich geworden



Zielsetzung

EU-Binnenmarkt und Auslandsgeschäfte nutzen, um Wachstum zu kreieren



Impuls 1

Exportgeschäft der Unternehmen international, auf deutscher Ebene und im Binnenmarkt stärken

- 1) Deutschland ist auf steigendes Auslandsgeschäft angewiesen, um Vollbeschäftigung sichern und Wachstum erzielen zu können. Das Exportgeschäft ist durch Corona eingebrochen, hatte sich aber schon vor der Krise verlangsamt (2019: -0,3%).
- 2) Der internationale Dienstleistungshandel ist in Deutschland im Vergleich zur Wirtschaftskraft höher als woanders. 75% der Beschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor. Die AuWi-Förderung hilft hier zu wenig.
- 3) Aber die Exporte von Dienstleistungen sind im weltweiten Vergleich gering, die Markteintrittsbarrieren zu hoch.

- 1) Die EU ist international über die Mitarbeit in int. Organisationen sowie Handels- und Investitionsschutzabkommen mit strategischen Partnern bestmöglich verflochten.
- 2) Deutschland nutzt Exportpotenziale weltweit besser, um Wohlstand und Vollbeschäftigung hierzulande zu sichern. Die deutsche Außenwirtschaftsförderung unterstützt zielgerichtet Dienstleister in der EU und weltweit, auch über Regierungsvereinbarungen auf polit. Ebene.
- 3) Ein fairer Marktzugang weltweit ist sichergestellt, überflüssige Zollbarrieren sind abgebaut. Dienstleistungsexporte laufen fast ohne Barrieren reibungslos.



Impuls 2

Importe ausbauen, internationale Arbeitsteilung vertiefen und Lieferketten krisenfest machen

- 1) Importe beim Warenverkehr stammen aus europäischen Ländern, aber auch aus schwierigen Ländern der EU-Peripherie und aus Übersee. Die Corona-Pandemie hat überall zu Abschottungen, neuen Grenzregimen und Verwaltungsbarrieren im Außenwirtschaftsverkehr geführt.
- 2) Einseitige Abhängigkeiten von Lieferanten und Partnern in Drittländern haben zu Engpässen bei der Produktion geführt. Die Finanzierung von Importen wird schwieriger.
- 3) Entwicklungs- u. Schwellenländer setzen vielfach unlautere Handelspraktiken, Subventionen und Protektionismus ein. Ex- und Importgeschäfte leiden darunter.

- 1) Der EU-Binnenmarkt ist für den barriere- und störungsfreien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr nach Corona weitgehend vollendet. Über Abkommen sind Importbedingungen aus Drittmärkten vereinfacht.
- 2) Unternehmen haben ihr Auslandsgeschäft stärker diversifiziert; ihre Liefer- und Wertschöpfungsketten sind resilienter aufgestellt. Eine umsichtige kurzfristige Importfinanzierung erhöht die Chancen für neue Geschäfte.
- 3) Das neue handelspolitische Schutzinstrumentarium der EU bietet auch kleineren Unternehmen eine fairen Wettbewerbsposition weltweit. Die Außenwirtschaftsförderung ist ausgebaut und besser politisch flankiert.



Impuls 3

Rechtliche Rahmenbedingungen in Deutschland und in der Europäischen Union verbessern

- 1) Die EU ist in den Bereichen Handelspolitik, Binnenmarkt und KMU-Förderung nicht wettbewerbsfähig genug, vorhandene Potenziale werden nicht ausreichend genutzt. Belastende Regulierungen wie die das umfassende Maßnahmenpaket des "Green Deals" der EU drohen mit viel Bürokratie v. a. KMUs derzeit zu überfordern.
- 2) Hessen profitiert vom EU-Binnenmarkt als Import- und Exportmarkt. Digitale Geschäftsprozesse der Unternehmen sind aber noch nicht ausreichend darin abgebildet.
- 3) Zunehmende handelspolitische Blöcke (z. B. die RCEP) bilden sich. Die EU gerät in Gefahr, als Wirtschaftsmacht ins Hintertreffen zu geraten. Die EU muss dazu den Rückenwind im neuen transatlantischen Bündnis nutzen.

- 1) Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU in der EU hat hohe wirtschaftspolitische Priorität. Eine neue KMU-Strategie hat beim Abbau von Gesetzen und Bürokratievorgaben im Binnenmarkt wichtige Erfolge erzielt und Unternehmen fit für die Weltmärkte gemacht.
- 2) Der EU-Binnenmarkt ist weiterentwickelt, um neue Potenziale für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr zu nutzen, auch mit dem Vereinigten Königreich. Ein digitaler Binnenmarkt ist da.
- 3) Die wirtschaftspolitische Rolle der EU auf internationalem Parkett ist gestärkt worden. Ein enges Bündnis der EU mit den USA stärkt die internationalen Verflechtungen mit strategisch wichtigen Partnerländern.

Klimapolitik wettbewerbsfähig gestalten

Situation

Fehlende Anreize und belastende Vorgaben hemmen Wirtschaft und Klimaschutz.



Zielsetzung

Rahmenbedingungen auf Gleichklang von Wirtschaft und Klimaschutz ausrichten.



Impuls 1

Stärker international abgestimmt handeln

- 1) Deutschland ist durch internationale Abkommen zum Klimaschutz gebunden. Europäische oder gar weltweite einheitliche Anstrengungen sind aber nicht absehbar.
- 2) Emissionsreduktion in Deutschland stößt zum Teil an technologische Grenzen, während Reduktionspotenziale im Ausland (z. B. über zertifizierte Klimaschutzprojekte) oft brach liegen.
- 3) Außenwirtschaftsförderung bei Klima- u. Umweltschutztechnologien bleibt hinter ihren Potentialen zurück (z. B. mangels Einbindung des AHK-Netzwerks).

- 1) Es sollte gezielt und effizient auf ein „level playing field“ beim weltweiten Klimaschutz hingearbeitet werden.
- 2) Unsicherheiten im Markt freiwilliger CO₂-Kompensationsprojekte sollten zügig abgebaut werden, um einen transparenten und effizienten Ausgleich bislang lokal unvermeidbarer Emissionen zu ermöglichen.
- 3) Programme der Bundeshäuser sollten abgestimmt sein, die AHK-Expertise nutzen sowie den Lösungs- und Ideenaustausch in innovativen Bereichen stärker fördern.



Impuls 2

Nationalen Emissionshandel transparent und wettbewerbskonform gestalten

- 1) Nationaler Emissionshandel (nEHS) im Verkehrs- und Gebäudesektor wird parallel zum bestehenden EU-Emissionshandel (EU-EHS) etabliert.
- 2) nEHS birgt viele Unsicherheiten bzgl. Abwicklung, Kompensationsmechanismen und tatsächlichem Effekt.
- 3) Zusatzbelastung kann zu Wettbewerbsverzerrungen ggü. in- und ausländischen Mitbewerbern und somit zu Abwanderung sowie negativen Klimaeffekten führen.

- 1) Aufbau einseitiger, nationaler Bepreisungssysteme und damit einhergehende Doppelstrukturen/-belastungen sollten vermieden werden.
- 2) nEHS sollte verlässlich, transparent und bürokratiearm gestaltet werden und die für Unternehmen notwendigen Planungs-, Anlauf- und Umsetzungsphasen einrechnen.
- 3) Wettbewerbsverzerrende Zusatzbelastungen sollten minimiert und ggf. kompensiert, Abwanderung bereits kurzfristig und nachhaltig verhindert werden (Schutz vor Carbon-Leakage (CL)).



Impuls 3

Potenziale technischer Lösungen gemeinsam besser heben

- 1) Mehrheit der Betriebe befürwortet zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen, sofern wettbewerbsverzerrende Zusatzbelastung kompensiert wird und Anreize sowie Förderung im Fokus stehen.¹
- 2) Vor allem für kleine und mittelständische Betriebe sind trotz Innovationspotential die Hürden bei Entwicklung und Einführung klimaschonender Technologien oft hoch (z. B. mangels finanzieller und personeller Mittel).
- 3) Besonders innovative Ideen scheitern oft an Fehlanreizen oder zu kleinteiliger Regulierung (z. B. 10. BImSchV hemmt Einführung alternativer Kraftstoffe)

- 1) Unternehmerische Belange und Folgen sollten bei klimapolitischen Vorhaben nicht nur mitgedacht, sondern als Quelle erfolgreicher Klimaschutzlösungen vorausgesetzt werden.
- 2) Förderung finanzieller wie ideeller Art sollte für alle – auch kleine / junge Betriebe – transparent, bürokratiearm und thematisch hinreichend offen zugänglich sein.
- 3) Politische Instrumente und Richtlinien sollten die Einführung neuer Klimaschutzlösungen ermöglichen und diese bestenfalls anreizen.

Mobilität der Zukunft gestalten

Situation

Veraltete Mobilitätsangebote schmälern die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts.



Zielsetzung

Digital gesteuerte, vernetzte Mobilität für effiziente und nachhaltige Verkehre.



Impuls 1

Nachhaltig unterwegs: Lebens- und Mobilitätsqualität verbessern

- 1) Nicht weiter ausbaufähige Verkehrsinfrastrukturen führen bei steigender Verkehrsnachfrage zu Staukosten in Unternehmen und zeigen die Notwendigkeit von neuen Steuerungsinstrumenten auf.
- 2) Zunehmender Pkw-Verkehr mit niedrigem Besetzungsgrad verteuert den Wirtschaftsverkehr durch unnötige Staus und Verkehrsbehinderungen.
- 3) Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs liegen mit 162 Mio. t CO₂ nach wie vor auf dem Niveau von 1990.¹

1) Effizienter fließender und ruhender Straßenverkehr ohne Staus und Parksuchzeiten für eine zuverlässige Erreichbarkeit der Unternehmensstandorte.

2) ÖPNV und Sharing-Angebote reduzieren den MIV und schaffen als flächeneffiziente Verkehrsalternative Raum für den Wirtschaftsverkehr.

3) Der deutsche Klimaschutzplan 2030, die Emissionen im Verkehr um mindestens 40% auf 98 Mio. t CO₂ gegenüber 1990 zu senken, wird umgesetzt.¹



Impuls 2

Vernetzt mobil: Multimodalität und kombinierten Verkehr fördern

- 1) Separate und unkoordinierte Mobilitäts- und Transportangebote erschweren durchgehende, multimodale Reise- und Transportketten im Personen- und Güterverkehr.
- 2) Unvollständige Angebote an vernetzter Mobilität des öffentlichen und privaten Personenverkehrs, um Verkehrsmittel flexibel nutzen zu können.
- 3) Zu teures und unzuverlässiges Bahnangebot zur Verlagerung der Güterverkehre von der Straße auf die Schiene.

1) Einfache Nutzung und flexible Kombination der Angebote im Personenverkehr und verkehrsmittelübergreifendes Tracking im multimodalen Güterverkehr.

2) Anschlussicherung im Nah-, Regional- und Fernverkehr sowohl privater als auch öffentlicher Anbieter aller frei zugänglicher Verkehrsmittel.

3) Attraktive multimodale Transportketten auf den europäischen Transitrouten werden angeboten.



Impuls 3

Der Zukunft entgegen: Digitalisierte und automatisierte Mobilität vorantreiben

- 1) Hohe Kosten durch Sach- und Personenschäden im individuell gesteuerten, motorisierten Verkehr sowie Staus und stockende Verkehre mit hohen Personalkosten im gewerblichen Verkehr.
- 2) Unzureichendes und lückenhaftes Datenübertragungsnetz für die Car-to-X-Kommunikation.
- 3) Fehlender und regional unterschiedlicher Zugang zu öffentlichen und dynamischen Verkehrsdaten im Bundesverkehrswegenetz.

1) Sichere und fließende Verkehre ohne Sach- und Personenschäden ermöglichen planbare und zuverlässige Reise- bzw. Transportzeiten und höhere Produktivität im gewerblichen Verkehr.

2) Echtzeitdatenbasierte Verkehrssteuerung mit schneller Netzreaktion und geringen Latenzzeiten.

3) Optimal organisierte Verkehre durch innovative, datengetriebene Steuerungssysteme, die Geschwindigkeit und Fahrwege koordinieren.

Staatsfinanzen zukunftsfähig gestalten

Situation

Konsolidierung bleibt Daueraufgabe, Finanzbeziehungen sind zunehmend intransparent, Unterschiede bei kommunaler Finanzkraft nehmen zu.



Zielsetzung

An solider Haushaltsführung festhalten, Bund-Länder-Finanzbeziehungen klug umsetzen, Kommunalfinanzierung stärken.



Impuls 1

Öffentliche Haushalte konsolidieren

- 1) Konsolidierungsfortschritte bis 2020 basierten vor allem auf hohen Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen. Zukunftsgerichtete strukturelle Anpassungen kamen nur langsam voran. Zwar wurden öffentliche Investitionen zuletzt erhöht. Jedoch war die Erhöhung zu gering, um die Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen deutlich zu verbessern. Auch braucht die Umsetzung vor Ort in vielen Fällen weiterhin viel Zeit.
- 2) Nur die erfolgreiche Konsolidierung der letzten zehn Jahre hat in der Corona-Krise schnelles Handeln des Staates ermöglicht. Angesichts der Krise wurden umfangreiche Konjunkturprogramme aufgelegt, die zum Teil über Nachtragshaushalte und durch eine Aussetzung der Schuldenbremse finanziert wurden. Zukünftige Lasten daraus sind erheblich.

- 1) Die Politik muss – auch oder gerade wegen der Herausforderungen im Zuge der Corona-Pandemie – am Kurs einer soliden, nachhaltigen Haushaltsführung mit notwendigen Strukturanpassungen festhalten.

- 2) Höhere Schulden der öffentlichen Haushalte bergen wesentliche Risiken, auch beim aktuellen Niedrigzins, und müssen die Ausnahme bleiben. Denn diese beschränken mittelfristige Investitionsmöglichkeiten des Staates. Auch wären in der aktuellen Lage der Betriebe steuerliche Zusatzlasten zur Finanzierung der Krisenkosten absolut kontraproduktiv und sollten unterbleiben.



Impuls 2

Bund-Länder-Finanzbeziehungen ausgewogen gestalten

- 1) Unternehmen machen zunehmend die Erfahrung, dass die Finanzkraft ihrer Standorte in Deutschland sehr unterschiedlich ist. Dies führt zu stärkeren Unterschieden in der Ausstattung mit Infrastruktur sowie wirtschaftsnahen öffentlichen Dienstleistungen.
- 2) Seit 2020 haben die Länder deutlich mehr finanzielle Spielräume: im neuen Bund-Länder-Finanzausgleich und durch Programme des Bundes in den Bereichen Digitalisierung, Energie und Klima, Bildung und Forschung.

- 1) Die Wirtschaft benötigt in allen Regionen des Landes eine leistungsstarke öffentliche Infrastruktur und effizientes Verwaltungshandeln, um im Markt bestehen zu können.

- 2) Die Länder sind gefordert, sich ihrer Verantwortung für die Standortbedingungen bei den Kommunen zu stellen.



Impuls 3

Investitionskraft der Kommunen stärken

- 1) Trotz hoher Steuereinnahmen bis zur Corona-Krise konnten zahlreiche Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen. Viele Kommunen erhöhen Gewerbe- und Grundsteuer und belasten damit die Unternehmen.
- 2) Kommunale Stützungsprogramme der Länder führten zwar zu Verbesserungen, reichten aber nicht immer aus, um fehlende Investitionen finanzschwacher Kommunen anzuschieben.
- 3) Das Gewerbesteueraufkommen ist sehr heterogen und schwankt in vielen Kommunen erheblich. Die Corona-Krise hat die Schwächen der Kommunalfinanzierung nochmals offen gelegt.

- 1) Kommunale Effizienzpotenziale nutzen und die öffentliche Investitionstätigkeit, gerade auch von finanzschwachen Kommunen, anregen.

- 2) Nachhaltiges Angebot öffentlicher Infrastruktur auch in finanzschwachen Kommunen sicherstellen. Damit regionale Unterschiede in den Standortbedingungen für die Unternehmen abbauen.

- 3) Stabile wirtschaftskraftbezogene Einnahmen für die Kommunen gewährleisten. Leistungsfähigkeit auch finanzschwacher Kommunen stärken. Das enge Band zwischen Wirtschaft und Kommunen stärken.

Steuern senken und vereinfachen

Situation

Leistungsfeindliche Besteuerung, Hochsteuerland Deutschland, komplexe Regeln



Zielsetzung

Leistungs- und auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft stärken



Impuls 1

Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Steuersystems verbessern – gerade jetzt in und nach der Krise!

1) Die Liquiditäts- und Ertragslage vieler Unternehmen ist in der Krise extrem angespannt. Dies wird durch eingeschränkten Verlustrücktrag noch verschärft. Auch können Unternehmen, die nach der Krise wieder Gewinn machen, nur 60% der Gewinne, die 1 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung 2 Mio. Euro) übersteigen, sofort mit Verlustvorträgen verrechnen. Hierdurch fallen trotz noch bestehender Verlustvorträge Steuern an, was das betriebliche Eigenkapital belastet. Belastend wirkt auch die Kostenbesteuerung.

2) Leistungsfeindliche Steuerregeln - insbesondere hohe Unternehmenssteuersätze - belasten die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen.

3) Regelmäßige Diskussionen um höhere und neue Steuern (z. B. Finanztransaktions-, Digital- oder Plastiksteuer, aber auch Vermögensteuern) verunsichern Entscheider und schaden der Wirtschaft.

1) Krise nutzen, um Weichen neu zu stellen und im Wandel die Betriebe zu stärken. Unternehmen durch Stärkung von Eigenkapital finanziell krisenfester machen. Zielgenaue Liquiditätszufuhr für Unternehmen, die vor der Krise ein funktionierendes Geschäftsmodell hatten und ihre Gewinne in Deutschland versteuert haben.

2) Anpassung des deutschen an international übliches (niedrigeres) Steuerniveau.

3) (Noch) höhere Belastung hiesiger Unternehmen vermeiden. Deutsches Steuerrecht verursacht bereits heute hohe Befolgungskosten und enthält umfassende Regeln zur Verhinderung von Steuerumgehungen.



Impuls 2

Innovations- und Investitionskraft der Unternehmen stärken

1) OECD-/EU-Maßnahmen zur Eindämmung unerwünschter Steuergestaltungen sind in der Grundrichtung zu begrüßen. Die nationale Umsetzung ist aber für hiesige Betriebe durch bürokratische und finanzielle Zusatzlasten kritisch.

2) Steuerliche Rahmenbedingungen behindern die Innovations- und Investitionskraft der Wirtschaft, gerade auch im internationalen Wettbewerb.

1) Keine Übererfüllung bei Umsetzung von europäischen und anderen supranationalen Vorgaben (wie Transparenz-, Berichts- und „Missbrauchsbekämpfungs“-Regeln) in deutsches Recht.

2) Steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) sowie für digitale Transformation setzen. Steuerliche Voraussetzungen für Startups und für Innovationen verbessern. Investitionen anregen.

Steuern senken und vereinfachen

Situation

Leistungsfeindliche Besteuerung, Hochsteuerland Deutschland, komplexe Regeln



Zielsetzung

Leistungs- und auch international wettbewerbsfähige Wirtschaft stärken



Impuls 3

Einfache, moderne steuerliche Verfahrensregeln und positive Anreize für mehr Kooperation schaffen

1) Digitalisierung und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens nutzt vorrangig den Finanzbehörden. Auch werden Unternehmen immer mehr als Gehilfen des Staates eingespannt. Zudem wird trotz der langjährigen Niedrigzinsphase, in der es teilweise zu Negativzinsen kommt, im Besteuerungsverfahren ein zu hoher Zinssatz von 6% angewendet.

2) Zunehmend Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanzbehörden und Steuerpflichtigen. Streitigkeiten binden auf beiden Seiten unnötig Ressourcen und führen zu Rechts- und Planungsunsicherheit.

1) Nicht nur Finanzverwaltung, sondern auch die Steuerpflichtigen sollten gleichermaßen von der Digitalisierung und Modernisierung des Besteuerungsverfahrens profitieren. Zudem sollte die Verwaltung bei der Umsetzung von digitalen Angeboten die Nutzersicht und insgesamt eine Service-Orientierung in den Vordergrund stellen.

2) Smarte Verfahrens- und Anreizsysteme, die das Vertrauensverhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Steuerpflichtigen und Finanzbehörden stärken, als positiven Standortfaktor im internationalen Wettbewerb begreifen.



Impuls 4

Mittelstand sichern, insbesondere durch Steuervereinfachung und Bürokratieabbau

1) Komplexe Steuervorschriften und -pflichten binden gerade in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Ressourcen und hemmen dadurch deren Produktivität und Leistungsfähigkeit.

2) Vor allem für die vielen KMU ist der Unternehmensübergang kritisch. Anfallende Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer schwächt die Substanz der Unternehmen, entzieht ihnen Liquidität und führt zu negativen Investitionsentscheidungen oder Arbeitsplatzverlusten.

3) Steuerregeln zur Begünstigung nicht entnommener Gewinne bei der Einkommensteuer (Thesaurierungsbegünstigung) sind komplex und werden in der Praxis nicht flächendeckend genutzt.

1) Rückbau von Steuer-Bürokratie, gerade auch im Mittelstand, als Wachstumsprogramm und positiven Standortfaktor nutzen.

2) Schutz und Stärkung des Mittelstandes muss auf der Agenda bleiben. Deshalb geltende Regelungen unbürokratisch und praktikabel handhaben, unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Familienunternehmen.

3) Steuerliche Anreize für Gewinnthesaurierung insbesondere bei Personengesellschaften erhöhen, um Eigenkapitalbasis zu stärken.

Situation

Komplexe Umweltpolitik und hohe Bürokratie stellen Unternehmen vor große Herausforderungen



Zielsetzung

Wirtschaft stärken, Umwelt schützen, weltweit wirken



Impuls 1

Innovationskraft der Umweltwirtschaft und Exporte fördern

- 1) Engmaschige umweltrechtliche Anforderungen hemmen Innovation und behindern den weltweiten Marktzugang.
- 2) Den mittelständischen Unternehmen fehlen häufig die finanziellen Mittel um Forschungsprojekte umzusetzen. Die Komplexität von Forschungsverbänden ist für kleinere Unternehmen oft nicht mehr handhabbar.

- 1) Die Umweltschutzgesetzgebung sollte Treiber für Innovation und besseren Umweltschutz sein und die Umweltwirtschaft nicht durch übermäßige Bürokratie behindern.

- 2) Führungsposition der deutschen Umweltwirtschaft im Weltmarkt mit innovativen Produkten ausbauen und bei Großprojekten in Konsortien zusammen arbeiten.



Impuls 2

Entwicklung an bestehenden und neuen Standorten weiter ermöglichen

- 1) Bestehende Standorte werden durch immer strengere Umwelt- und Naturschutzregelungen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten behindert (Bsp. Gewässerschutz versus Wasserkraft, Anlagenerweiterung, innerstädtischer gewerblicher Verkehr, Lärmpegel oder Sicherheitsabstände in der Nähe von Wohnbebauung).

- 1) Sicherung von Unternehmensstandorten unter gleichzeitigem Schutz von Natur, Wasser, Boden und Luft ermöglichen.

- 2) Unterschiedliche Nutzungsinteressen in Einklang bringen und gewerbliche Nutzung in dicht besiedelten Räumen weiterhin ermöglichen.



Impuls 3

Stoffkreisläufe schließen und Recycling stärken

- 1) Trotz leistungsfähiger Kreislauf- und Recyclingwirtschaft entstehen zunehmend Entsorgungseingänge bei Deponierung und Verbrennung.
- 2) Recyclingquoten werden stetig erhöht, aber der Einsatz von Sekundärrohstoffen in der Kunststoffproduktion ist zu gering.

- 1) Das Ausschleusen von Schadstoffen sollte Teil einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft sein und in der Standortplanung berücksichtigt werden.

- 2) Rechtliche Hindernisse im Lebensmittel- und Chemikalienrecht und Akzeptanzprobleme sollten aufgelöst werden.

Verkehrsinfrastruktur verbessern

Situation

Unzureichende Verkehrsinfrastruktur belastet die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen



Zielsetzung

Lückenlose und belastbare Verkehrswegenetze zu Land, zu Luft und zu Wasser.



Impuls 1

Gute Infrastruktur kostet: Finanzierung erhöhen und langfristig sicherstellen

- 1) Fehlende Übereinstimmung von Investitionen und Projektlebenszyklen sowie strukturelle Finanzierungslücke i.H.v. 8,5 % bei den Bundesfernstraßen (3,4 Mrd. Euro) im Zeitraum von 2019 bis 2023.¹
- 2) Zu geringe Planungskapazitäten bei Straße und Schiene führen zu unsteten Ausschreibungsvolumina und erschweren dadurch die Planbarkeit der Kapazitätsvorhaltung in der Baubranche.
- 3) Unzureichende Harmonisierung der Straßennutzungsentgelte in Europa führt zu Umwegverkehren.

- 1) Ganzheitliche Beschaffung über Betreibermodelle und Finanzierungskreisläufe gewährleisten ein stabiles Investitionsniveau, das sich an den Erfordernissen der Infrastruktur in Erhalt, Neu- und Ausbau orientiert.
- 2) Stabiles und auskömmliches Investitionsniveau sichert den dauerhaften Substanzerhalt der Infrastrukturanlagen und sorgt für ein verlässliches Auftragsvolumen in der Baubranche.
- 3) Verursachergerechte Anlastung sämtlicher Kosten des Verkehrs im europäischen Binnenmarkt.



Impuls 2

Mehr Tempo im Bau: Verfahren bei Planung und Genehmigung vereinfachen

- 1) Komplexe Verfahren mit Doppelarbeiten und geteilten Zuständigkeiten zwischen den Akteuren zur Schaffung von Baurecht verzögern die Umsetzung der Investitionsvorhaben in die Verkehrsinfrastruktur des Bundes.
- 2) Fehlende und überlastete Ressourcen in Planungsbüros und Bauämtern.
- 3) Zunehmender Widerstand und wachsendes Unverständnis der Bevölkerung für Infrastrukturprojekte als auch zeitaufwendige Klageverfahren.

- 1) Vereinfachte und damit verkürzte Verfahren stellen die verkehrliche Infrastruktur zügiger zur Nutzung zur Verfügung und gewährleisten eine gesicherte Erreichbarkeit von Unternehmensstandorten.
- 2) Beschleunigte Planung und bauliche Realisierung der Verkehrsinfrastrukturprojekte des Bundes.
- 3) Verständnis und Akzeptanz für Infrastrukturprojekte bei der betroffenen Bevölkerung und möglichst wenige Klageverfahren mit geringem Zeitverlust.



Impuls 3

Mehr Möglichkeiten: Verkehrs- und Transportmittel intelligent kombinieren

- 1) Fehlende bzw. knappe Kapazitäten bei multimodalen Verkehrsknotenpunkten im Bundesverkehrswegenetz, sowohl beim Umstieg im Personenverkehr als auch beim Umschlag im Güterfernverkehr.
- 2) Unzureichende multimodale verkehrliche Erreichbarkeit der Unternehmensstandorte.
- 3) Veraltete Infrastrukturausstattung in Elektrifizierung und Digitalisierung im Bundesverkehrswegenetz.

- 1) Leistungsstarke Umsteigepunkte mit einem multimodalen Mobilitätsangebot im Personenverkehr als auch leistungsstarke Umschlagterminals für multimodale Güterverkehre auf Straße, Schiene, Wasser und Luft.
- 2) Verbesserte Anbindung der Unternehmensstandorte mittels Straße und Schiene.
- 3) Flexibler Einsatz der Antriebsarten und Fahrzeuge sowie datenbasierte Verkehrssteuerung in Echtzeit mittels intelligenter Infrastruktur.